Deutscher Bundestag
11. Wahlperiode

Drucksache 11/6348

02. 02. 90

Fragen

für die Fragestunden der Sitzungen des Deutschen Bundestages am Mittwoch, dem 7. Februar 1990 am Donnerstag, dem 8. Februar 1990

Verzeichnis der Fragenden

Verzeichnis der Geschäftsbereiche der Bundesregierung

Geschäftsbereich des Bundesministers für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten

1. Abgeordneter **Eigen** (CDU/CSU)

Was wird die Bundesregierung unternehmen, um die 3% Preissenkung bei Getreide zu verhindern, die nur dadurch entstanden sind, daß die EG-Kommission 160,5 Millionen Tonnen Ernte willkürlich geschätzt hat, und daß die anderen elf EG-Länder den Beschluß des Gipfels vom Februar 1988 – differenzierte Flächenstillegung – nicht durchführen?

2. Abgeordneter **Eigen** (CDU/CSU)

Was gedenkt die Bundesregierung zu tun, um den dramatischen Verfall der Butter- und Magermilchpreise zu verhindern, der durch die ständigen Interventionspreissenkungen der EG verursacht wird?

Geschäftsbereich des Bundesministers für innerdeutsche Beziehungen

3. Abgeordneter **Dr. Müller** (CDU/CSU)

Wie beurteilt die Bundesregierung die Tatsache, daß die Regierung der DDR im Jahre 1990 die Entscheidung fällt, eine Hilfe in Höhe eines achtstelligen Millionenbetrages an Nicaragua zu bezahlen, und muß damit gerechnet werden, daß die „brüderliche Hilfe" der Regierung Modrow eines Tages vom Steuerzahler der Bundesrepublik Deutschland finanziert wird?

4. Abgeordneter **Gansel** (SPD)

Ist der Parlamentarische Staatssekretär beim Bundesminister für innerdeutsche Beziehungen bereit, sich für seine Äußerung „Ich sehe es mit Entsetzen, daß die DDR-Sozialdemokraten sich hemmungslos mit ehemaligen Mitgliedern der SED vollsaugen und ohne jede Hemmung bereit sind, eine Parteiakademie der Kommunisten zu übernehmen" mit seiner Unkenntnis des Vorstandsbeschlusses der „SPD in der DDR" vom 21. Januar 1990 und des Umstandes, daß es sich bei der „Parteiakademie der Kommunisten" um die 1. Etage eines Gebäudes handelt, das der SPD 1933 widerrechtlich entzogen und 1946 widerrechtlich an die SED übereignet wurde, zu entschuldigen, und wie kann die Bundesregierung sicherstellen, daß der Parlamentarische Staatssekretär zukünftig über die politische Entwicklung in der DDR so informiert wird, daß er mit seinen Äußerungen die innerdeutschen Beziehungen nicht weiter beschädigt?

Geschäftsbereich des Bundesministers für Jugend, Familie, Frauen und Gesundheit

5. Abgeordneter **Dr. Weng (Gerlingen)** (FDP)

Was hindert die Bundesregierung, die Zulassungsuntersuchungen für neue Arzneimittel privatwirtschaftlich zu organisieren und dadurch zu erreichen, daß das ständige Nichteinhalten der gesetzlichen Frist wenigstens mittelfristig abgebaut wird?

Geschäftsbereich des Bundeskanzlers und des Bundeskanzleramtes

6. Abgeordneter **Dr. Mechtersheimer** (DIE GRÜNEN)

Ist die Bundesregierung bereit, im Rahmen der angestrebten Vertragsgemeinschaft mit der DDR eine völkerrechtliche Vereinbarung zu treffen, damit die gegenseitige nachrichtendienstliche Ausspähung einschließlich der Post- und Telefonkontrolle in allen Bereichen eingestellt wird?

7. Abgeordneter **Dr. Mechtersheimer** (DIE GRÜNEN)

Ist die Bundesregierung bereit, zusammen mit der Regierung der DDR darauf hinzuwirken, daß die Siegermächte des Zweiten Weltkrieges ihre besonderen vom Boden der beiden deutschen Staaten aus betriebenen nachrichtendienstlichen Aktivitäten aufgeben?

8. Abgeordneter **Amling** (SPD)

Welche Überlegungen der Bundesregierung waren dafür maßgebend, ausgerechnet das arbeitgebernahe Institut der deutschen Wirtschaft zu beauftragen, eine Untersuchung über die Folgen des Aussiedlerstroms anzustellen?

9. Abgeordneter **Amling** (SPD)

Wie rechtfertigt es die Bundesregierung, eine auf oben genannter Untersuchung basierende Broschüre der edition agrippa finanziert zu haben, in der mit der Behauptung, der derzeit in der Bundesrepublik Deutschland vorhandenen knappen Million offener Stellen stünden 600 000 vermittlungsfähige einheimische Arbeitslose gegenüber, die tatsächliche Lage auf dem Arbeitsmarkt auf den Kopf gestellt wird und über 1,4 Millionen der derzeit als arbeitslos registrierten Menschen implizit jegliche Vermittlungsfähigkeit abgesprochen wird?

Geschäftsbereich des Bundesministers für Verkehr

10. Abgeordneter **Schulze (Berlin)** (CDU/CSU)

Wie ist der gegenwärtige Stand der Planungen und Verhandlungen zwischen der Bundesregierung und der Regierung der DDR über den Bau einer Schnellbahnverbindung zwischen Berlin und Hannover, und welche Trassenführung ist vorgesehen?

11. Abgeordneter **Schulze (Berlin)** (CDU/CSU)

Wie ist der gegenwärtige Stand der Planungen in bezug auf einen zusätzlichen Einsatz von Fern- und Eilzügen in grenznahen und im Berliner Bereich?

12. Abgeordneter **Antretter** (SPD)

Welche Bemühungen unternimmt die Bundesregierung, um die Verkehrswegeplanung der Tatsache anzupassen, daß durch die aktuellen politischen Veränderungen in den Ländern Osteuropas die Verkehrsströme zwischen Ost und West stark zunehmen werden und diese Situation ohne leistungsfähige Verkehrswege nicht bewältigt werden kann?

13. Abgeordneter **Antretter** (SPD)

Teilt die Bundesregierung die Einschätzung, daß angesichts dieser Situation der Schiene insgesamt, aber insbesondere südlich der Mainlinie, eine besondere Bedeutung zukommt, und daß sich aus dieser Sicht vor allem die Srecke Stuttgart — Crailsheim — Nürnberg mit der Weiterführung über Hof oder Ludwigsstadt nach Leipzig besonders anbietet?

14. Abgeordneter **Bachmaier** (SPD)

Teilt die Bundesregierung die Einschätzung, daß sich aus der aktuellen Ost-West-Situation für die Bahnpolitik erhebliche Konseqenzen ergeben und dadurch insbesondere die Verbindung Stuttgart — Crailsheim — Nürnberg überregionale Aufgaben erhalten muß und als Voraussetzung dafür die baldmöglichste Elektrifizierung der Murrbahn eine wichtige Voraussetzung darstellt?

15. Abgeordneter **Bachmaier** (SPD)

Erkennt die Bundesregierung die Notwendigkeit an, angesichts dieser Entwicklung sämtliche nicht mehr aktuellen Planungen zu stoppen und etwa anstelle des sogenannten „Pendolino" den Interregio über die Murrbahn rollen zu lassen?

16. Abgeordneter **Becker (Nienberge)** (SPD)

Ist die Bundesregierung bereit, dafür Sorge zu tragen, daß innerhalb der Bundesbahnstrecke Berlin — Amsterdam auch in Zukunft der Haltepunkt Ibbenbühren angeboten wird, insbesondere wegen des drohenden Verkehrsinfarkts auf den Straßen?

17. Abgeordneter **Becker (Nienberge)** (SPD)

Wird die Bundesregierung dafür eintreten, daß auf der Strecke vom niedersächsischen Osnabrück über die westfälischen Orte Ibbenbühren und Rheine in die benachbarten Niederlande auch in Zukunft im Rahmen des Interregioverkehrs eine günstige Taktverkehrsverbindung beibehalten wird?

18. Abgeordnete **Frau Blunck** (SPD)

Kann aus der Tatsache, daß der Bundesminister für Verkehr von der Zahlung der in Aussicht gestellten Mittel in Höhe von 20 Mio. DM für den Straßenbau im Bundesland Schleswig-Holstein Abstand genommen hat, geschlossen werden, daß diese Mittel nunmehr für die Elektrifizierung der Bundesbahnstrecken in Schleswig-Holstein zur Verfügung gestellt und zusätzlich Investitionen zur Förderung des öffentlichen Personennahverkehrs, besonders im Hamburger Umland und namentlich im Kreise Pinneberg getätigt werden?

19. Abgeordnete **Frau Blunck** (SPD)

Ist die Bundesregierung bereit, auch im Hinblick auf die Ausweitung des Ost-West-Verkehrs ihre Verkehrspolitik so zu verändern, daß durch die Verlagerung des Verkehrs von der Straße auf die Schiene eine Entlastung des stark betroffenen Hamburger Umlandes, und hier insbesondere des Kreises Pinneberg, erreicht und gleichzeitig der Sicherheit und der Umweltverträglichkeit Vorrang eingeräumt wird?

20. Abgeordneter **Gansel** (SPD)

Welche Maßnahmen ergreift die Bundesregierung zum Ausbau des grenzüberschreitenden Verkehrs zwischen Schleswig-Holstein und der DDR, etwa durch kurzfristige Schaffung neuer Straßenübergänge, neuer Transportwege auf Elbe und Ostsee und die Verbesserung bzw. Erweiterung des Schienennetzes Richtung Mecklenburg?

21. Abgeordneter **Jungmann (Wittmoldt)** (SPD)

Wann wird die Bundesregierung mit der Planung für die notwendige Elektrifizierung der Bundesbahnstrecken Hamburg — Flensburg und Hamburg — Lübeck — Puttgarden beginnen, um die Elektrifizierungslücke Richtung Skandinavien endlich zu schließen?

22. Abgeordneter **Jungmann (Wittmoldt)** (SPD)

Wie beurteilt die Bundesregierung ein Bewertungsgutachten für die Elektrifizierung der Strecke Hamburg — Neumünster — Flensburg mit Abzweigung nach Kiel, das in seiner gesamtwirtschaftlichen Betrachtung zu einem sehr positiven Nutzen-Kosten-Verhältnis kommt?

23. Abgeordneter **Heyenn** (SPD)

Wann wird die Bundesregierung ein europäisches Verkehrskonzept vorlegen, das den erheblichen Nachholbedarf des bundesdeutschen Nordens bei der Elektrifizierung internationaler Hauptstrecken der Deutschen Bundesbahn, beim Ausbau des Hochgeschwindigkeitsnetzes sowie die neuen Erfordernisse zur Verbesserung der Verbindung Richtung Dänemark und in die DDR berücksichtigt?

24. Abgeordneter
Heyenn
(SPD)

Wann beabsichtigt die Bundesregierung, analog zur Gewährung hoher Geldsummen im Haushaltsplan 1990 für die Region Oberpfalz als Ausgleich für den Verzicht auf die WAA in Wackersdorf und Einbußen in der Stahlindustrie, die vergleichbaren Strukturprobleme im Norden der Bundesrepublik Deutschland durch eine ähnlich großzügige Mittel-Vergabe für Bundesbahn und Bundesfernstraßen zu mildern?

25. Abgeordneter
Werner
(Ulm)
(CDU/CSU)

Ist die Bundesregierung grundsätzlich der Auffassung, daß die von der Deutschen Bundesbahn geplante ICE-Neubautrasse zwischen Stuttgart und München durch den Hauptbahnhof Ulm geführt werden muß, und wird sie deshalb auch haushaltsrechtlich keiner Planungsausführung zustimmen, welche eine Umgehung Ulms beinhaltet?

26. Abgeordneter
Werner
(Ulm)
(CDU/CSU)

Sieht die Bundesregierung in der jüngst von der Deutschen Bundesbahn aufgegriffenen Planungsvariante H (Heimerl) eine Alternative zu den bisher von der Bahn vorgetragenen Trassenvarianten durch das Filstal, welche verkehrstechnisch, raumordnungspolitisch, ökologisch und finanziell vertretbar und realisierbar ist?

27. Abgeordneter
Bindig
(SPD)

Ist der Bundesregierung bekannt, daß die von der Deutschen Bundesbahn und der Deutschen Bundespost ihren Mitarbeitern unter bestimmten wohnungsfürsorgerischen Voraussetzungen gewährten Familienheimdarlehen, die in Anlehnung an die Richtlinien des Bundes aber doch in jeweiliger eigener Zuständigkeit gewährt werden, deshalb bei der Deutschen Bundesbahn bei großer Nachfrage nur in sehr bescheidenem Maße und unter erheblicher Einschränkung des förderfähigen Personenkreises (z. Z. nur noch für Haushalte mit fünf und mehr Personen, Schwerbehinderte und Härtefälle) gefördert werden können, da die Deutsche Bundesbahn sich in allgemeiner finanzieller Bedrängnis befindet, und sieht die Bundesregierung eine Möglichkeit und ist sie bereit, den DB-Mitarbeitern eine Fördermöglichkeit für Familienheimdarlehen zu schaffen, welche die DB-Mitarbeiter nicht schlechter stellt als die Mitarbeiter der Postbetriebe und der Beschäftigten beim Bund?

28. Abgeordneter
Büchner
(Speyer)
(SPD)

Wie beurteilt die Bundesregierung die ökologischen, ökonomischen und regionalpolitischen Folgewirkungen des von Gutachtern der Universitäten Hannover und Gießen vorgeschlagenen Trassenverlaufs der Schnellbahnverbindung Mannheim — Saarbrücken durch den Pfälzer Wald?

29. Abgeordneter
Büchner
(Speyer)
(SPD)

Hält die Bundesregierung einen Trassenneubau zwischen dem Haardtrand und Kaiserslautern für erforderlich, oder sieht sie unter Abwägung der ökologischen Gefahren und des finanziellen Aufwandes, die mit einem Trassenneubau verbun-

den sind, in einem Ausbau der bestehenden Strecke bis Neustadt/Weinstraße, unter Verzicht auf Ausbaumaßnahmen zwischen Neustadt/Weinstraße und Hochspeyer, eine verkehrspolitisch vertretbare Alternative?

30. Abgeordnete **Frau Dr. Sonntag-Wolgast** (SPD)

Ist die Bundesregierung bereit, die Anbindung des Flughafens Hamburg-Fuhlsbüttel an die BAB 7 angesichts der überragenden wirtschaftspolitischen Bedeutung dieser Maßnahme für die Länder Hamburg und Schleswig-Holstein im Bedarfsplan für die Bundesfernstraßen als „vordringlich" umzustufen und entsprechend rasch zu realisieren?

31. Abgeordnete **Frau Dr. Sonntag-Wolgast** (SPD)

Trifft es zu, daß Staatssekretär Dr. Knittel im Bundesministerium für Verkehr dem Land Schleswig-Holstein bei der Vergabe von Rückflüssen aus der Quote anderer Länder 1989 für den Bundesfernstraßenbau zunächst 20 Mio. DM – auch als Ausgleich für die Bereitschaft Schleswig-Holsteins, sich am neuen Luftüberwachungssystem zur Erkennung von Meeresverschmutzungen mit 2,7 Mio. DM zu beteiligen – in Aussicht gestellt hatte, dieses Versprechen später aber mit Hinweis auf „ideologisch verbrämte" verkehrspolitische Maßnahmen der Kieler Landesregierung (Tempo-120-Begrenzung auf vier kurzen Teilstücken der Autobahn) zurückzog?

32. Abgeordneter **Hiller (Lübeck)** (SPD)

Macht die Bundesregierung ihre Entscheidung über die Vergabe von Mitteln für den Straßenbau davon abhängig, ob sich das jeweilige Bundesland dem verkehrspolitischen Willen der Bundesregierung fügt oder aber – etwa mit der Anordnung von Geschwindigkeitsbegrenzungen auf vielbefahrenen und stadtnahen Autobahn-Strekken aus Gründen der Verkehrssicherheit und des Umweltschutzes – von diesem abweicht?

33. Abgeordneter **Hiller (Lübeck)** (SPD)

Welche Kosnequenzen zieht die Bundesregierung aus der Tatsache, daß Schleswig-Holstein das einzige Bundesland ist, an dem die Elektrifizierung von Bahnstrecken bislang völlig vorbeigegangen ist?

34. Abgeordneter **Wüppesahl** (fraktionslos)

Welche Informationen liegen der Bundesregierung darüber vor, von welcher Behörde und mit welcher Begründung das mehrmalige Überfliegen des Atomkraftwerks Krümmel durch einen Hubschrauber am 28. Januar 1990 zwischen 11.30 Uhr und 12.00 Uhr genehmigt wurde?

35. Abgeordneter **Wüppesahl** (fraktionslos)

Auf welche Weise gedenkt die Bundesregierung sicherzustellen, daß nicht entgegen ihren vielfachen Versicherungen, das Atomkraftwerk Krümmel von Flugzeugen der Flugstrecke Hamburg — Berlin (West) – wie jüngst mehrfach geschehen – überflogen wird?

Geschäftsbereich des Bundesministers für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit

36. Abgeordneter **Reuter** (SPD)

Wann wird nach Einschätzung des Bundesministeriums für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit das nationale Bilanzierungs- und Informationssystem für Kernbrennstoffe, das in der Transnuklear-Affäre vermißt wurde, aufgebaut sein?

37. Abgeordneter **Reuter** (SPD)

Welche konkreten Schritte zum Aufbau des Bilanzierungssystems, die der Bundesminister für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit bereits im Jahre 1988 angekündigt hat, sind bislang erfolgt?

38. Abgeordnete **Frau Teubner** (DIE GRÜNEN)

Zu welchen konkreten Ergebnissen haben die laut Aussage der Bundesregierung im Oktober 1989 geführten bilateralen Verhandlungen mit der CSSR über einen Informations- und Erfahrungsaustausch auf dem Gebiet der Kerntechnischen Sicherheit und des Strahlenschutzes geführt?

39. Abgeordnete **Frau Teubner** (DIE GRÜNEN)

Geht die Bundesregierung auch angesichts der von Greenpeace aufgedeckten durch die Uranaufbereitungsanlage in Mydlovary/CSSR hervorgerufenen radioaktiven Verseuchung Südböhmens weiterhin „davon aus, daß in der CSSR die international anerkannten Rahmenvorgaben einschlägiger internationaler Organisationen bezüglich kerntechnischer Sicherheit und Strahlenschutz beachtet werden" und daß „gegen die vertraglichen Vereinbarungen, Uranerz aus Menzenschwand in der CSSR aufbereiten zu lassen, deshalb keine Bedenken" bestehen, wie Staatssekretär Stroetmann auf eine entsprechende Frage am 16. Oktober 1989 mitteilte (Drucksache 11/5430 S. 31)?

40. Abgeordneter **Dr. Kübler** (SPD)

Wie bewertet die Bundesregierung die Ergebnisse der Studie des Fraunhofer-Instituts für Systemtechnik und Innovationsforschung in Karlsruhe und der Forschungsstelle für Energiewirtschaft in München, die von der Enquete-Kommission „Vorsorge zum Schutz der Erdatmosphäre" in Auftrag gegeben worden ist, zum Einsparpotential von Energie in den privaten Haushalten und zur Reduzierung des Stickoxydausstoßes, und welche konkreten Maßnahmen wird die Bundesregierung kurz- und mittelfristig zur Erreichung dieses Zieles ergreifen?

41. Abgeordneter
Dr. Kübler
(SPD)

Wie bewertet die Bundesregierung die Aussagen der genannten Studie, daß die ausgestoßenen CO_2-Mengen bis zum Jahr 2005 bis zu 16 % in den Bereichen Industrie und Verkehr zunehmen, und welche Maßnahmen wird die Bundesregierung ergreifen, um den Hauptverursacher, die ständig steigende Verkehrsleistung auf der Straße, in den Griff zu bekommen?

Geschäftsbereich des Bundesministers für Raumordnung, Bauwesen und Städtebau

42. Abgeordneter
von Schmude
(CDU/CSU)

Hat die Bundesregierung in Anbetracht einer möglicherweise schon bald erfolgenden Wiedervereinigung beider deutscher Staaten geprüft, ob und unter welchen Bedingungen ein Ausstieg aus den geplanten Bundestagsneubauten möglich wäre und ob gegebenenfalls eine Umplanung der sogenannten Schürmannbauten für andere Zwecke, etwa für Studentenwohnungen, machbar wäre?

43. Abgeordneter
Conradi
(SPD)

Wie hoch war 1989 die Zahl der fertiggestellten neuen Wohnungen, und wie hoch schätzt die Bundesregierung die Zahl der fertiggestellten neuen Wohnungen in den Jahren 1990/1991/1993?

44. Abgeordneter
Conradi
(SPD)

Welche Steigerung der Zahl der im Baugewerbe Beschäftigten erwartet die Bundesregierung für die Jahre 1990/1991, und welche Maßnahmen plant sie gegebenenfalls 1992 zur Steigerung der Kapazität für den Wohnungsbau?

Geschäftsbereich des Bundesministers des Auswärtigen

45. Abgeordneter
Müller (Wesseling)
(CDU/CSU)

Kann die Bundesregierung Presseberichte bestätigen, nach denen in der Volksrepublik China zwölf römisch-katholische Bischöfe, die alle älter als 70 Jahre sein sollen, verhaftet wurden?

46. Abgeordneter **Müller (Wesseling)** (CDU/CSU)

Wie gedenkt die Bundesregierung auf diese eklatante Menschenrechtsverletzung und Mißachtung der Religionsfreiheit politisch und im Hinblick auf die von China angestrebte Normalisierung der wirtschaftlichen Beziehungen mit den westlichen Industrienationen zu reagieren?

47. Abgeordneter **Lüder** (FDP)

Wie weit sind die Konsultationen mit den europäischen Partnern zur Herstellung von Reisefreiheit durch Abschaffung der Visapflicht mit Ungarn gediehen?

48. Abgeordneter **Stiegler** (SPD)

Welches Ergebnis hatten die Gespräche des Bundesministers des Auswärtigen mit dem CSSR-Außenminister betreffend die Wiedereröffnung aller Grenzübergänge an der deutsch-tschechoslowakischen Grenze, und was wurde bezüglich des Abbaus des Visumzwanges verabredet?

49. Abgeordnete **Frau Eid** (DIE GRÜNEN)

In welchem Umfang und in welcher Art erhält die somalische Regierung Polizei- und Militärhilfe aus der Bundesrepublik Deutschland?

50. Abgeordneter **Hedrich** (CDU/CSU)

Wie beurteilt die Bundesregierung den Bericht der Beobachter-Delegation der Organisation Amerikanischer Staaten (OAS) bezüglich eines fairen Wahlprozesses in Nicaragua, wenn u. a. erwähnt wird, daß 191 Oppositionskandidaten auf Grund sandinistischer Bedrohung und Einschüchterung ihre Kandidatur zurückgezogen haben?

51. Abgeordneter **Lowack** (CDU/CSU)

Wie beurteilt die Bundesregierung die Entwicklung in Rumänien angesichts der zunehmenden Unterdrückung der demokratischen Opposition durch die kommunistische Partei und die Regierung Iliescu?

Geschäftsbereich des Bundesministers des Innern

52. Abgeordneter **Dr. Emmerlich** (SPD)

Mit welchen Privatpersonen hat das Bundeskriminalamt Vereinbarungen abgeschlossen, in denen diesen die Durchführung von Ermittlungstätigkeiten bei der Strafverfolgung und der Gefahrenabwehr übertragen worden ist?

53. Abgeordneter **Dr. Emmerlich** (SPD)

Auf welche Rechtsgrundlage wird der Abschluß derartiger Vereinbarungen gestützt?

54. Abgeordneter **Dr. Daniels (Regensburg)** (DIE GRÜNEN)

Welche Hindernisse werden von seiten der Bundesregierung gesehen, die Visumpflicht mit der CSSR aufzuheben, und bis wann erwartet die Bundesregierung konkrete Schritte für weitere Grenzöffnungen, wie sie die Expertengruppe Anfang Februar diskutiert hat (vgl. Plenarprotokoll 11/188 S. 14615)?

55. Abgeordneter **Häfner** (DIE GRÜNEN)

Wie viele Demonstrationen haben 1989 in der Bundesrepublik Deutschland und in Berlin (West) stattgefunden, und wie viele Demonstrationen sind nach den Beurteilungskriterien der Bundesregierung „unfriedlich" verlaufen?

56. Abgeordneter **Häfner** (DIE GRÜNEN)

Wie viele gewaltfreie Sitzblockaden haben 1989 stattgefunden, und werden diese Kundgebungen von der Bundesregierung als „unfriedlich" eingestuft?

Geschäftsbereich des Bundesministers der Finanzen

57. Abgeordneter **von Schmude** (CDU/CSU)

Welche Vorbereitungen im Hinblick auf Bodenbevorratung in Berlin trifft die Bundesregierung für den Fall, daß Deutschlands Hauptstadt wieder Sitz eines gemeinsamen Parlaments wird?

58. Abgeordneter **Dr. Weng (Gerlingen)** (FDP)

Was unternimmt die Bundesregierung, um zu erreichen, daß abziehende verbündete Truppen zuerst Kasernengelände in Innenstädten freigeben und dieses Gelände umgehend für den Wohnungsbau nutzbar gemacht wird?

59. Abgeordneter **Stiegler** (SPD)

Ermittelt die Bundesregierung systematisch die Konsequenzen, die sich durch eine Verringerung der US-Streitkräfte, der anderen verbündeten Streitkräfte und der Bundeswehr auf die einzelnen Standorte ergeben werden, und in welcher Weise bereitet sie Kompensationen für die Beschäftigten und für die Regionen vor?

Geschäftsbereich des Bundesministers für Wirtschaft

60. Abgeordneter **Dr. Daniels (Regensburg)** (DIE GRÜNEN)

Welche Schwierigkeiten sind der Bundesregierung aus Frankreich bekannt, das auf Grund von Kühlwassermangel für die Atomkraftwerke Stromlieferungen aus der Bundesrepublik Deutschland und Spanien und Kohlelieferungen

aus dem Saarland erhalten soll, sowie neun stillgelegte Ölkraftwerke und fünf stillgelegte Kohlekraftwerke reaktiviert haben soll, und wie hoch war die bisherige Stromspitzenlast in diesem Winter in der Bundesrepublik Deutschland?

61. Abgeordnete **Frau Vennegerts** (DIE GRÜNEN)

Kann die Bundesregierung den Bericht der Fernsehsendung „Report" vom 30. Januar 1990 bestätigen, demzufolge im Januar dieses Jahres Teile von Waffensystemen durch die Firma Fritz Werner, Geisenheim, nach Burma exportiert wurden, und warum hat die Bundesregierung diese Exporte genehmigt bzw. geduldet?

62. Abgeordnete **Frau Vennegerts** (DIE GRÜNEN)

Wann hat die Bundesregierung letztmals den Export von Munition oder Munitionsfertigungsanlagen (beispielsweise durch die Firma Fritz Werner oder deren Tochterunternehmen Metallwerk Elisenhütte, Nassau) nach Burma genehmigt?

Geschäftsbereich des Bundesministers für Arbeit und Sozialordnung

63. Abgeordneter **Andres** (SPD)

Ist der Bundesregierung bekannt, in welchem Umfang die Arbeitsbelastung in den Arbeitsämtern durch den Zustrom von Aus- und Übersiedlern angestiegen ist, und ist der Personalbestand entsprechend aufgestockt worden?

64. Abgeordneter **Andres** (SPD)

Sind nach Auffassung der Bundesregierung die Arbeitsämter nach der stark gestiegenen Belastung durch Aus- und Übersiedler noch in der Lage, die notwendigen intensiven Vermittlungsbemühungen zu erbringen, um einheimische Langzeitarbeitslose wieder in das Beschäftigungssystem zu integrieren?

65. Abgeordneter **Kirschner** (SPD)

Ist die Bundesregierung der Auffassung, daß Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer aus der Bundesrepublik Deutschland Verständnis dafür aufbringen können, daß für einen Anspruch auf Arbeitslosengeld von 312 Tagen Dauer eine vorherige beitragspflichtige Beschäftigungszeit von mindestens 24 Monaten zurückgelegt sein muß, daß aber Aussiedler oder Übersiedler bereits nach 5 Monaten Beschäftigungszeit im Heimatland einen Anspruch auf Eingliederungsgeld von 312 Tagen Dauer geltend machen können?

66. Abgeordneter **Kirschner** (SPD)

Wie rechtfertigt die Bundesregierung die Tatsache, daß einheimische Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer erst nach zweijähriger Vorbeschäftigungszeit einen Anspruch auf Förderung einer beruflichen Bildung nach § 44 AFG haben, während Aussiedler oder Übersiedler diesen Anspruch nach § 62 b AFG bereits nach 150 Tagen Vorbeschäftigungszeit haben?

67. Abgeordneter **Hasenfratz** (SPD)

Warum macht die Bundesanstalt für Arbeit nicht von der nach § 62 a Abs. 6, § 119 AFG bestehenden Möglichkeit Gebrauch, beim Bezug von Eingliederungsgeld Sperrzeiten eintreten zu lassen, wenn ein Übersiedler oder Aussiedler aus Polen sein Arbeitsverhältnis im Heimatland gelöst und dadurch vorsätzlich oder grob fahrlässig die Arbeitslosigkeit herbeigeführt hat?

68. Abgeordneter **Hasenfratz** (SPD)

Ist die Bundesregierung der Meinung, daß die politischen Verhältnisse in der DDR und in der Republik Polen immer noch so sind, daß in der Übersiedlung in die Bundesrepublik Deutschland ein wichtiger Grund im Sinne des § 119 AFG gesehen werden muß, und geht die Bundesregierung davon aus, daß diese Bewertung auch dann noch zutreffend ist, wenn die Oppositionsparteien und -gruppen in die Regierung Modrow eingetreten sind bzw. nach den Wahlen am 18. März 1990 ein demokratisch gewähltes Parlament die entscheidende politische Kraft in der DDR darstellt?

Geschäftsbereich des Bundesministers der Verteidigung

69. Abgeordnete **Frau Dr. Götte** (SPD)

Beabsichtigt das Bundesministerium der Verteidigung weiterhin, den Truppenübungsplatz Baumholder durch Landerwerb von der Gemeinde Rathsweiler um 58,60 ha zu vergrößern, nachdem in den zurückliegenden Jahren bereits 160 ha der Gemarkung Rathsweiler vom Bund aufgekauft und in den Truppenübungsplatz eingegliedert wurden, und wie beurteilt die Bundesregierung die Ankündigung des Rheinland-pfälzischen Innenministers vom 19. Januar 1990, wonach sich die Rheinland-pfälzische Landesregierung dafür einsetzen werde, daß die Bundeswehr auf eine Ausweitung des Truppenübungsplatzes Baumholder verzichtet?

70. Abgeordneter **Dr. Lippelt (Hannover)** (DIE GRÜNEN)

Welches Sicherungs- bzw. Sanierungsvorhaben kommt nach Ansicht der Bundesregierung für den mit Munition und arsenhaltigen Abbauprodukten chemischer Kampfstoffe verseuchten Boden des jetzt gesperrten Truppenübungsplatzes Munster-Nord in Frage?

71. Abgeordneter **Dr. Lippelt (Hannover)** (DIE GRÜNEN)

Wie lautet der Maßnahmen-Katalog zum Schutz von Boden und Grundwasser, auf dessen Vorbereitung der Bundesminister für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit in seiner Antwort auf die schriftliche Frage 123 der Abgeordneten Frau Garbe im Dezember 1987 (Drucksache 11/1586) hingewiesen hat?

72. Abgeordnete **Frau Wollny** (DIE GRÜNEN)

Zu welchen Ergebnissen kommt eine bisher nicht veröffentlichte Studie über die Belastung des Grundwassers im Raum Munster aus Rüstungsaltlasten, und warum hat die Bundesregierung sie bisher als „vertraulich" eingestuft?

73. Abgeordnete **Frau Wollny** (DIE GRÜNEN)

Wird die Bundeswehr für die Zeit der Sperrung des Truppenübungsplatzes Munster-Nord ihren Übungsbetrieb einschränken, oder wird sie auf andere Übungsplätze in der Region ausweichen?

74. Abgeordnete **Frau Schilling** (DIE GRÜNEN)

Welche Arsen-Verbindungen in welchen Konzentrationen wurden kürzlich von der Wehrwissenschaftlichen Dienststelle (WWD) auf dem Gelände des Truppenübungsplatzes Munster-Nord gemessen?

75. Abgeordnete **Frau Schilling** (DIE GRÜNEN)

Welche Aussagen machen die WWD-Analysen zu den Verursachungsfaktoren der Arsen-Kontamination?

76. Abgeordneter **Lowack** (CDU/CSU)

Welche Gründe sprechen dagegen, den Belastungsausgleich – dessen Regelungen für den Belastungsausgleich von Soldaten in der Praxis zu erheblicher Unruhe und Kritik geführt haben –, wenn Freizeitausgleich nicht möglich ist mit 100 % der jeweiligen – individuellen – Tagesbesoldung zu vergüten, wobei das Wehrbereichsgebührnisamt lediglich eine Mitteilung über die Anzahl der zu berücksichtigenden Ausgleichstage zu erhalten hätte, um den Ausgleichsbetrag zusammen mit dem Gehalt zu überweisen?

Bonn, den 2. Februar 1990

Druck: Buchdruckerei P. Meier GmbH, Reisertstraße 14, 5202 Hennef (Sieg), Telefon (02242) 6044, Telefax (02242) 83179
Alleinvertrieb: Verlag Dr. Hans Heger, Postfach 201363, Herderstraße 56, 5300 Bonn 2, Telefon (0228) 363551, Telefax (0228) 361275
ISSN 0722-8333